

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	21
Teil 1: Einleitung	23
A. Problemaufriss des Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit und entsprechender Polizeiverordnungen	24
B. Darstellung der hier vorgelegten Studie	31
Teil 2: Dimension, Ursachen und Auswirkungen des Alkoholkonsums in der Bundesrepublik Deutschland	35
A. Alkoholkonsum in der Bundesrepublik Deutschland	35
B. Alkoholkonsum bei jungen Menschen	36
C. Riskante Konsummuster bei Jugendlichen	38
D. Ursachen des hohen Niveaus des Alkoholkonsums	40
E. Auswirkungen von Alkoholkonsum (in der Öffentlichkeit)	44
F. Zusammenfassung zu Dimensionen, Ursachen und Auswirkungen des Alkoholkonsums in Deutschland	53
Teil 3: Varianten von polizeilichen Alkoholverbotsverordnungen in der Praxis	55
A. Unmittelbares Verbot des Konsums von Alkohol in der Öffentlichkeit (Unmittelbare Alkoholkonsumverbote)	55
B. Mittelbares Verbot des Konsums von Alkohol in der Öffentlichkeit (Mittelbare Alkoholkonsumverbote)	59
C. Verordnungen, welche die Abgabe von alkoholischen Getränken beschränken oder verbieten (Alkoholabgabeverbote)	61
D. Umsetzung der Untersuchung hinsichtlich der Existenz von verschiedenen Varianten polizeilicher Verordnungen	64
Teil 4: Alkoholverbotsverordnungen, die sich an den potenziellen Konsumenten von Alkohol in der Öffentlichkeit richten (unmittelbare und mittelbare Alkoholkonsumverbote)	65
A. Einschlägige Rechtsmaterie bei unmittelbaren und mittelbaren Alkoholkonsumverboten	65
B. Voraussetzungen für den Erlass von polizeilichen Verordnungen	84

C. Tatbestand der Ermächtigungen: Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung als zentrale Voraussetzung	86
D. Rechtliche Grenzen von Alkoholkonsumverboten	176
Teil 5: Alkoholverbotsverordnungen, die sich an den Abgeber von alkoholischen Getränken richten (Alkoholabgabeverbote)	227
A. Einschlägige Rechtsmaterie bei Alkoholabgabeverboten	227
B. Voraussetzungen für den Erlass von Alkoholabgabeverboten - Tatbestand der Verordnungsermächtigungen	235
C. Rechtliche Grenzen von Alkoholabgabeverboten	237
Teil 6: Gesamtergebnis	257
Literaturverzeichnis	263
Stichwortverzeichnis	275

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Teil 1: Einleitung	23
A. Problemaufriss des Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit und entsprechender Polizeiverordnungen	24
I. Aufgabe der Gefahrenabwehr	24
II. Wahrnehmung der Aufgabe der Gefahrenabwehr	24
III. Konkretisierung der polizeilichen Aufgabe	25
IV. Problematik des Drogenkonsums in der Öffentlichkeit und polizeiliche Vorgehen gegen Randgruppen seit den 80-er Jahren	27
V. Aktuelle Diskussion zu polizeilichen Verordnungen gegen Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit	28
B. Darstellung der hier vorgelegten Studie	31
I. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes	31
II. Gang der Untersuchung	33
Teil 2: Dimension, Ursachen und Auswirkungen des Alkoholkonsums in der Bundesrepublik Deutschland	35
A. Alkoholkonsum in der Bundesrepublik Deutschland	35
B. Alkoholkonsum bei jungen Menschen	36
C. Riskante Konsummuster bei Jugendlichen	38
I. Begrifflichkeiten und Zahlen	38
II. Trend zu riskanten Konsummustern	40
D. Ursachen des hohen Niveaus des Alkoholkonsums	40
I. Allgemeine Motivatoren für Alkoholkonsum	41
II. Besonders hervorzuhebende Gesichtspunkte	41
1. Sozialadäquanz des Alkoholkonsums	42
2. Modernes Spaß- und Partyverständnis bei jungen Menschen	43
E. Auswirkungen von Alkoholkonsum (in der Öffentlichkeit)	44
I. Gesundheitliche Auswirkungen	44
1. Alkoholabhängigkeit / Suchtgefahr	45
2. Notwendigkeit stationärer Behandlungen aufgrund von Alkoholvergiftungen	46

3. Alkoholmissbrauch mit Todesfolge	47
II. Kriminalistische Auswirkungen	47
1. Hohe Anzahl von Straftaten unter Alkoholeinfluss mit erhöhter Gewaltbereitschaft	48
2. Konkrete Beispiele entsprechender polizeilicher Daten zu den kriminalistischen Auswirkungen von Alkoholkonsum	49
III. Wirtschaftliche Auswirkungen	50
IV. Ordnungspolitische Auswirkungen	51
F. Zusammenfassung zu Dimensionen, Ursachen und Auswirkungen des Alkoholkonsums in Deutschland	53
 Teil 3: Varianten von polizeilichen Alkoholverbotsverordnungen in der Praxis	 55
A. Unmittelbares Verbot des Konsums von Alkohol in der Öffentlichkeit (Unmittelbare Alkoholkonsumverbote)	55
I. Beispiel einer Polizeiverordnung mit räumlicher und zeitlicher Beschränkung des Alkoholkonsumverbots	56
II. Beispiel einer Polizeiverordnung mit lediglich räumlicher Beschränkung des Alkoholkonsumverbots	58
B. Mittelbares Verbot des Konsums von Alkohol in der Öffentlichkeit (Mittelbare Alkoholkonsumverbote)	59
C. Verordnungen, welche die Abgabe von alkoholischen Getränken beschränken oder verbieten (Alkoholabgabeverbote)	61
D. Umsetzung der Untersuchung hinsichtlich der Existenz von verschiedenen Varianten polizeilicher Verordnungen	64
 Teil 4: Alkoholverbotsverordnungen, die sich an den potenziellen Konsumenten von Alkohol in der Öffentlichkeit richten (unmittelbare und mittelbare Alkoholkonsumverbote)	 65
A. Einschlägige Rechtsmaterie bei unmittelbaren und mittelbaren Alkoholkonsumverboten	65
I. Einschlägigkeit des allgemeinen Polizei- und Ordnungs- bzw. Sicherheitsrechts?	65
II. Einschlägigkeit des Straßen- und Straßenverkehrsrechts?	66
1. Abgrenzung von Straßen- und Straßenverkehrsrecht	68
a. Das Straßenverkehrsrecht	68
b. Das Straßenrecht	69

c. Abgrenzung zwischen Straßenverkehrsrecht und Straßenrecht	70
2. Lagern, Niederlassen und / oder Verweilen zum Alkoholkonsum als Gemeingebrauch?	71
a. Enger und weiter Verkehrsbegriff	72
b. Die Ansicht des VGH München	73
c. Stellungnahme zur Ansicht des VGH München	74
3. Einschlägigkeit des Straßenverkehrsrechts?	76
4. Zusammenfassung und Stellungnahme zur „Instrumentalisierung“ des Straßenrechts und Straßenverkehrsrechts	78
III. Die besondere Rechtslage in Bremen	80
1. Einschlägigkeit kommunaler Rechtssetzungsermächtigungen zur Regelung des Verhaltens im öffentlichen Raum	80
2. Ermächtigung für den Erlass von Ortsgesetzen im Bereich der mittelbaren Alkoholkonsumverbote	82
3. Keine Ermächtigung für den Erlass von Ortsgesetzen im Bereich der unmittelbaren Alkoholkonsumverbote	83
IV. Zusammenfassung zur einschlägigen Rechtsmaterie beim Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit	83
B. Voraussetzungen für den Erlass von polizeilichen Verordnungen	84
I. Anforderungen an die Rechtmäßigkeit von polizeilichen Verordnungen	84
II. Überblick über die polizeilichen Verordnungsermächtigungen in den einzelnen Bundesländern	85
C. Tatbestand der Ermächtigungen: Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung als zentrale Voraussetzung	86
I. Analyse der Begrifflichkeiten	87
1. Begriff der öffentlichen Sicherheit	87
a. Unversehrtheit der objektiven Rechtsordnung	87
b. Schutz privater Rechte	88
2. Begriff der öffentlichen Ordnung	89
a. Keine Berücksichtigung lokaler / regionaler Besonderheiten	90
b. Subsidiarität der öffentlichen Ordnung	90
c. Bedeutungsschwund der öffentlichen Ordnung	91
d. Verfassungsmäßigkeit der öffentlichen Ordnung als polizeilicher Handlungsauftrag	92
e. Stellungnahme zur Frage der Verfassungswidrigkeit	93

3. Erfordernis einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und / oder Ordnung	95
a. Begriff der Gefahr	95
b. Abgrenzung zur bloßen Belästigung	96
c. Erfordernis der hinreichenden Wahrscheinlichkeit	97
aa. „Klassische“ Unterscheidung von Gefahrenabwehr und Gefahrenvorsorge	98
bb. Relativierung dieser Unterscheidung - Übergang von der Gefahrenabwehr zur allgemeinen Risikovorsorge?	99
cc. Begriff der hinreichenden Wahrscheinlichkeit	105
dd. Objektiver oder subjektiver Gefahrenbegriff? – Die Frage der für die Prognose relevanten Erkenntnismöglichkeiten	106
(1) „Objektiver“ Gefahrenbegriff	106
(2) „Subjektiver“ Gefahrenbegriff	107
(3) Darstellung des Streitstands	108
(4) Stellungnahme	109
(5) Vorzüge des subjektiven Gefahrenbegriffs bei der fehlerhaften Prognose der handelnden Beamten	110
ee. Bestimmungsfaktoren für den erforderlichen Grad der Wahrscheinlichkeit	111
(1) Zu erwartendes Ausmaß des drohenden Schadens	112
(2) Rang des bedrohten Rechtsguts	113
(i) Problem der Bestimmung des Rangs eines Rechtsguts	113
(ii) Beispiel aus der Rechtsprechung zu Gefahren für Leib und Leben	115
4. Unterscheidung zwischen konkreter und abstrakter Gefahr	116
a. Eigenständiger Begriff der allgemeinen Gefahr?	116
b. Konkrete Gefahr	117
c. Abstrakte Gefahr	118
d. Unterscheidungskriterium zwischen der abstrakten und der konkreten Gefahr	119
5. Der Gefahrenverdacht	120
a. Erfordernis einstweiliger Maßnahmen bis zur Beseitigung der Unsicherheiten	121
b. Der Gefahrenverdacht als Fall bestehender Defizite in tatsächlicher Hinsicht bei der anzustellenden Gefahrenprognose	122
c. Besondere Begrifflichkeit des Verursachungsverdachts?	124

d. Die Rechtsfolge des Gefährerforschungseingriffs	124
6. Zusammenfassung zu den Begrifflichkeiten	126
II. Beurteilung der Betroffenheit der polizeilichen Schutzgüter - Abstrakte Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung?	127
1. Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit	128
a. Öffentliche Sicherheit in Form der Unversehrtheit der objektiven Rechtsordnung	128
aa. Strafrechtliche Relevanz	128
bb. Ordnungswidrigkeit nach § 118 OWiG	129
cc. Benutzungsregelungen von öffentlichen Einrichtungen	130
b. Gefährdung des Individualrechtsguts der Gesundheit	131
aa. Recht auf Selbstgefährdung als Ausfluss der allgemeinen Handlungsfreiheit nach Art. 2 Abs.1 GG	131
bb. Alkoholkonsum als (grundsätzlich) zulässige Selbstgefährdung	132
cc. Grenzen des Rechts auf Selbstgefährdung	133
(1) Freie Willensbestimmung ausschließender Zustand	134
(2) Kinder und Jugendliche im Sinne des JuSchG	134
(3) Verletzung der Rechte Dritter (Fremdgefährdung)	135
(4) Zusammenfassung zur Gefährdung des Individualrechtsguts der Gesundheit	136
c. Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates und der sonstigen Träger von Hoheitsgewalt	136
d. Öffentliche Ordnung	138
e. Zusammenfassung zum Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit	139
2. Übermäßiger Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit	139
a. Öffentliche Sicherheit	139
b. Parallele zum Strafrecht	140
c. Öffentliche Ordnung	141
d. Zusammenfassung zum übermäßigen Alkoholkonsum	142
3. Alkoholbedingte Ausfall- und Folgeerscheinungen	144
a. Alkoholbedingte Ausfall- und Folgeerscheinungen als Motivatoren für den Erlass von Alkoholverbotsverordnungen	144
b. Alkoholbedingte Ausfall- und Folgeerscheinungen und deren polizeiliche Relevanz	145
aa. Betroffenheit der öffentlichen Sicherheit	145
(1) Begehung von Straftaten	145
(2) Begehung von Ordnungswidrigkeiten	146

(i) Ruhestörung nach § 117 Abs. 1 OWiG	146
(ii) Belästigung der Allgemeinheit nach § 118 Abs. 1 OWiG	147
bb. Öffentliche Ordnung	151
c. Zusammenfassung zu den Ausfall- und Folgeerscheinungen	152
d. Möglichkeit des (zeitlich vorhergehenden) Alkoholverbots aufgrund der „Gefahr“ des Eintritts alkoholbedingter Ausfall- und Folgeerscheinungen	154
aa. Überschreiten der Gefahrengrenze bezüglich Ausfall- und Folgeerscheinungen (bereits) durch den Alkoholkonsum?	154
bb. Beschluss des VGH Mannheim vom 29.04.1983 betreffend die Polizeiverordnung mit dem Verbot, „sich nach Art eines Land- oder Stadtreichers herumzutreiben“	156
cc. Beschluss des VGH Mannheim vom 06.07.1998 zur Frage der Rechtmäßigkeit einer Verordnung, welche das Betteln auf öffentlichen Plätzen und Straßen verbietet	157
dd. Urteil des VGH Mannheim vom 28.07.2009 zur Frage der Rechtmäßigkeit einer Verordnung, welche den Alkoholkonsum in einem bestimmten Bereich des öffentlichen Raums sowie das Mitsichführen von Alkohol in erkennbarer Konsumabsicht untersagt	158
ee. Resümee aus den dargestellten Entscheidungen	160
ff. Gründe der ausgeprägten Skepsis gegenüber Alkoholverbotsverordnungen	161
gg. Folgerungen für den Erlass von Alkoholkonsumverboten	162
hh. Erläuterung am Beispiel der PolVO Freiburg	165
(1) Im Normenkontrollverfahren vorgelegte Daten der Polizeidirektion Freiburg	165
(2) Die Ansicht des VGH Mannheim zu diesen Daten	167
(3) Zusammenfassung der Stellungnahmen zur Ansicht des VGH Mannheim	170
ii. Erforderlichkeit polizeilicher Daten, Erfahrungswerte und Statistiken	171
(1) 1. Schritt: Ausmachen von Einsatzschwerpunkten nach vorhandenen Statistiken	172
(2) 2. Schritt: Aufstellen von Datenmaterial für diese Einsatzschwerpunkte	173
(3) 3. Schritt: Erlass eines zeitlich befristeten Alkoholkonsumverbots zur Schaffung von Vergleichswerten	174

(4) 4. Schritt: Vergleich der Daten und Entscheidung über den Erlass eines endgültigen Alkoholkonsumverbots	175
4. Zusammenfassung zur Frage des Bestehens einer abstrakten Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Hinblick auf Alkoholkonsumverbote	176
D. Rechtliche Grenzen von Alkoholkonsumverboten	176
I. Grundsätze der polizeilichen Verantwortlichkeit	177
1. Ansicht der Rechtsprechung und der überwiegenden Literatur	178
2. Stellungnahme zur herrschenden Meinung	179
a. Maßgeblichkeit der zeitlich bzw. mechanisch letzten Ursache?	180
b. Erforderlichkeit einer wertenden Betrachtung	180
c. Beurteilung der Verhaltensverantwortlichkeit des Alkoholkonsumenten im Hinblick auf alkoholbedingte Ausfall- und Folgeerscheinungen	182
d. Ergebnis zum Einwand der fehlenden unmittelbaren Verursachung	183
II. Verstoß gegen höherrangiges Recht und / oder Grundrechte	183
1. Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit nach Art. 8 Abs. 1 GG	184
a. Schutzbereich der Versammlungsfreiheit	184
b. Keine Eröffnung des Schutzbereichs bei reinen Spaß- und Unterhaltungsveranstaltungen	186
aa. Reine Spaß- und Unterhaltungsveranstaltung (Alkoholkonsum steht im Vordergrund)	186
bb. Veranstaltung der Meinungsbildung- und kundgabe (Alkoholkonsum steht nicht im Vordergrund)	187
2. Das Grundrecht der Freizügigkeit nach Art. 11 Abs. 1 GG	188
a. Schutzbereich der Freizügigkeit	189
b. Unmittelbare Betroffenheit des Schutzbereiches?	190
c. Mittelbare Betroffenheit des Schutzbereiches?	190
3. Das Grundrecht der Freiheit der Person nach Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG	192
4. Die Eigentumsgarantie nach Art. 14 Abs. 1 GG	194
a. Schutzbereich der Eigentumsfreiheit	194
b. Eingriff in den Schutzbereich	195
c. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	196

5. Das Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit nach Art. 2 Abs. 1 GG	196
a. Schutzbereich der allgemeinen Handlungsfreiheit	196
b. Eingriff in den Schutzbereich	197
c. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	197
d. Verhältnismäßigkeit von unmittelbaren und mittelbaren Alkoholkonsumverboten	198
aa. Verfolgung eines legitimen Zwecks	198
bb. Geeignetheit der gewählten Mittel zur Zielerreichung	198
cc. Erforderlichkeit der gewählten Mittel	199
(1) Erhöhte Präsenz von Polizeikräften / privaten Sicherheitsdiensten?	199
(2) Bestehende Möglichkeit polizeilichen Einschreitens im Einzelfall?	200
(3) Umstrukturierung der jeweiligen Brennpunktbereiche?	201
dd. Angemessenheit / Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	202
(1) Geringstmöglicher Eingriff durch räumliche, zeitliche und ggf. personelle Beschränkung sowie Ausnahmeregelungen	202
(2) Abwägung zwischen dem Eingriffsgewicht und den polizeilichen Zielsetzungen	204
e. Parlamentsvorbehalt und Wesentlichkeitstheorie	205
f. Ergebnis zur Vereinbarkeit der Alkoholkonsumverbote mit der allgemeinen Handlungsfreiheit	206
6. Das Recht auf Gleichheit nach Art. 3 Abs. 1 GG	206
a. Ungleichbehandlung des Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit und im (Außen-)Bereich der konzessionierten Freisitz- und Ausschankflächen	207
b. Sachlicher Grund als Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	208
aa. Gesetzliche Regelungen gegen übermäßigen Alkoholkonsum und alkoholbedingte Ausfall- und Folgeerscheinungen	208
bb. Alkoholbedingte Ausfall- und Folgeerscheinungen nicht in gleichem Maße denkbar	209
c. Ergebnis zum Recht der Gleichheit nach Art. 3 Abs. 1 GG	210
7. Zusammenfassung zu den Grundrechten als rechtlichen Grenzen von Alkoholkonsumverboten	211

III. Grundsatz hinreichender Bestimmtheit	211
1. Unmittelbares Alkoholkonsumverbot	213
2. Mittelbares Alkoholkonsumverbot	214
a. Verbot des Niederlassens und / oder Verweilens zum Alkoholkonsum	214
b. Verbot des Niederlassens und / oder Verweilens zum Alkoholkonsum, wenn dessen Auswirkungen geeignet sind, Dritte erheblich zu belästigen	215
3. Zusammenfassung zum Erfordernis hinreichender Bestimmtheit	217
IV. Unionsrechtliche Aspekte von Alkoholkonsumverboten	217
1. Verhältnis von Unionsrecht und nationalem Recht	217
2. Konformität von Alkoholkonsumverboten mit den unionsrechtlichen Grundfreiheiten	218
a. Die Grundfreiheiten als Prüfungsmaßstab	218
b. Einschlägige Grundfreiheiten im Falle von Alkoholkonsumverboten	219
c. Konformität von Alkoholkonsumverboten mit der Warenverkehrsfreiheit nach Art. 34 AEUV	219
d. Konformität von Alkoholkonsumverboten mit der allgemeinen Freizügigkeit nach Art. 20 Abs. 2 lit. a), 21 Abs. 1 AEUV	221
3. Einschlägigkeit der Unionsgrundrechte?	221
4. Zusammenfassung zu den unionsrechtlichen Aspekten von Alkoholkonsumverboten	222
V. Ermessensfehlerfreie Entscheidung der Polizei	223
VI. Zusammenfassung zu den rechtlichen Grenzen von Alkoholkonsumverboten	224
Teil 5: Alkoholverbotsverordnungen, die sich an den Abgeber von alkoholischen Getränken richten (Alkoholabgabeverbote)	227
A. Einschlägige Rechtsmaterie bei Alkoholabgabeverboten	227
I. Einschlägigkeit des allgemeinen Polizei- und Ordnungs- bzw. Sicherheitsrechts?	228
II. Einschlägigkeit des Gaststättenrechts?	228
III. Verhältnis von Gaststättenrecht und Polizeirecht	230
1. Allgemeines Verhältnis zwischen Gaststättenrecht und allgemeinem Polizei- und Ordnungs- bzw. Sicherheitsrecht	230
2. Qualifikation der Alkoholabgabeverbote	232

3. Recht der Sperrzeiten als spezielle Regelung gegenüber dem allgemeinen Polizei- und Ordnungs- bzw. Sicherheitsrecht	233
IV. Zusammenfassung zur einschlägigen Rechtsmaterie bei Alkoholabgabeverboten	234
B. Voraussetzungen für den Erlass von Alkoholabgabeverboten - Tatbestand der Verordnungsermächtigungen	235
1. Öffentliches Bedürfnis für eine abweichende Festsetzung	235
2. Besondere örtliche Verhältnisse	236
C. Rechtliche Grenzen von Alkoholabgabeverboten	237
I. Grundsätze der polizeilichen Verantwortlichkeit	237
II. Verstoß gegen höherrangiges Recht und / oder Grundrechte	239
1. Grundrecht der Berufsfreiheit nach Art. 12 Abs. 1 GG	239
a. Schutzbereich der Berufsfreiheit	240
b. Eingriff in den Schutzbereich	240
c. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	242
aa. Verfolgung eines legitimen Zwecks	242
bb. Geeignetheit der gewählten Mittel zur Zielerreichung	243
cc. Erforderlichkeit der gewählten Mittel	243
(1) Alternativen zum Alkoholabgabeverbot	243
(2) Vorrangiger Erlasses eines Alkoholkonsumverbotes	244
dd. Angemessenheit bzw. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	245
2. Eigentumsgarantie nach Art. 14 Abs. 1 GG	246
3. Allgemeine Handlungsfreiheit nach Art. 2 Abs. 1 GG	247
4. Das Recht auf Gleichheit nach Art. 3 Abs. 1 GG	248
5. Zusammenfassung zur Vereinbarkeit mit den Grundrechten	249
6. Grundrechte der potenziellen Abnehmer von Alkohol bei Alkoholabgabeverboten	249
III. Unionsrechtliche Aspekte von Alkoholabgabeverboten	250
1. Konformität mit der Warenverkehrsfreiheit nach Art. 34 AEUV	250
2. Konformität mit der Niederlassungsfreiheit nach Art. 49 AEUV	251
3. Einschlägigkeit der Unionsgrundrechte?	252
4. Zusammenfassung zu den unionsrechtlichen Aspekten	252
IV. Ermessensfehlerfreie Entscheidung der Polizei	253
1. Ermessensfehlerfreie Entscheidung über den Erlass eines Alkoholabgabeverbotes	253
2. Ermessensfehlerfreie Entscheidung hinsichtlich der Auswahl zwischen Alkoholkonsumverbot und Alkoholabgabeverbot	254

V. Zusammenfassung zu den rechtlichen Grenzen von Alkoholabgabeverboten	254
Teil 6: Gesamtergebnis	257
Literaturverzeichnis	263
Stichwortverzeichnis	275